

SPD-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
SSW-Ratsfraktion

Austauschmaterial
Zu Punkt 11.4 der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag			0837/2015 06.10.2015
Datum	Gremium	Antragsteller/innen	
Ö 15.10.2015	Ratsversammlung	Ratsherr Stadelmann, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Wohlfarth, CDU-Ratsfraktion Ratsherr Oschmann, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Seele, SSW-Ratsfraktion	
Betreff:			
"Olympia der Guten Arbeit" in Kiel konkretisieren, umsetzen und einhalten			

Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel verpflichtet sich, die Inhalte der anliegenden, von dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Nord, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Schleswig-Holstein sowie von dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) am 08.09.2015 unterzeichneten „Absichtserklärung für ein Olympia der Guten Arbeit“ für die Austragung Olympischer und Paralympischer Spiele 2024 im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu konkretisieren, umzusetzen und einzuhalten.

Begründung:

Mit einer gemeinsamen Absichtserklärung haben die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) am 08.09.2015 vereinbart, nach einem positiven Ausgang des Hamburger Volksentscheids und des Kieler Bürgerentscheids im Rahmen der Bewerbung, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg und Kiel 2024 Eckpunkte für ein „Olympia der Guten Arbeit“ in einer Vereinbarung zu konkretisieren und diese anschließend umzusetzen und einzuhalten. Diese gemeinsame Absichtserklärung ist nachstehend bezeichnet. Sie bezieht sich auf die aktuellen deutschen Arbeits- und Tarifstandards, die Arbeits- und Sozialnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie bereits bestehende Vereinbarungen anderer Länder zu Olympischen und Paralympischen Spielen. Aufgrund der kommunalen Selbstverwaltungsverantwortung der Landeshauptstadt Kiel bei der Entscheidung über die Bewerbung, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 ist zusätzlich zur Verpflichtung des Landes Schleswig-Holstein eine eigene Selbstverpflichtungserklärung angezeigt, die durch die Ratsversammlung zu beschließen ist.

gez. Ratsherr Falk Stadelmann f.d.R.
SPD-Ratsfraktion

gez. Ratsherr Jan Wohlfarth f.d.R.
CDU-Ratsfraktion

gez. Ratsherr Lutz Oschmann f.d.R.
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Ratsherr Sven Seele f.d.R.
SSW-Ratsfraktion

Anlage